



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht USA

2021

Die Regierung von Joe Biden kündigte 2021 an, die Menschenrechtsbilanz der USA wieder verbessern zu wollen. Was die politische und praktische Umsetzung dieses Vorhabens betraf, bot sich jedoch ein gemischtes Bild. Zwar engagierte sich die US-Regierung wieder in den internationalen Menschenrechtsinstitutionen der Vereinten Nationen und bei den multilateralen Bemühungen zur Bekämpfung des Klimawandels, doch gelang es ihr weder, eine menschenrechtskonforme Einwanderungs- und Asylpolitik an der Grenze zu Mexiko zu verfolgen noch ihre Menschenrechtsagenda im eigenen Land umzusetzen.

Willkürliche Inhaftierungen / Guantánamo

Ein im Dezember 2014 veröffentlichter Untersuchungsbericht des US-Senats erkannte offiziell an, dass die USA in Guantánamo systematisch zahlreiche Menschenrechte und andere wesentliche Bestimmungen des Völkerrechts verletzen. Zu diesen zählen die Vereinbarungen über die Behandlung von Kriegsgefangenen, die Unschuldsvermutung, das Recht auf ein faires Gerichtsverfahren, das Verbot von Verschwindenlassen und das Verbot von Folter und jede Form von grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung. Trotzdem besteht das Gefangenenlager Guantánamo bis heute fort.

Unter Verstoß gegen das Völkerrecht hielt das US-Militär 2021 weiterhin 39 muslimische Männer willkürlich und auf unbestimmte Zeit auf dem Marinestützpunkt Guantánamo Bay auf Kuba fest. Trotz der erklärten Absicht der Regierung Biden, das Gefangenenlager zu schließen, gab es diesbezüglich 2021 kaum Fortschritte.

Im Oktober 2021 genehmigte das Regelmäßige Überprüfungsgremium (*Periodic Review Board*) die Verlegung von zwei in Guantánamo Bay festgehaltenen Gefangenen. Damit stieg die Zahl derjenigen, deren Verlegung vorgesehen, aber

immer noch nicht erfolgt war, auf zwölf. Einige von ihnen warteten schon seit mehr als einem Jahrzehnt auf ihre Verlegung.

Seit Januar 2017 waren nur zwei Personen aus dem Gefangenenlager verlegt worden, einer von ihnen war Abdul Latif Nasir, der am 19. Juli 2021 in sein Heimatland Marokko ausgeliefert wurde.

Keiner der verbliebenen Gefangenen hatte Zugang zu angemessener medizinischer Behandlung, und diejenigen, die Folter und andere Misshandlungen durch US-Militärangehörige überlebt haben, erhielten keine angemessenen Rehabilitationsmaßnahmen.

Zehn Männer waren vor einer Militärkommission angeklagt, was gegen internationales Recht und die Standards für faire Verfahren verstieß. Im Fall einer Verurteilung drohte ihnen die Todesstrafe. Sollte diese in einem Verfahren verhängt werden, das nicht den internationalen Standards entspricht, käme dies einem willkürlichen Entzug des Lebens gleich.

Die Prozesse gegen die Männer, die im Zusammenhang mit den Anschlägen vom 11. September 2001 angeklagt waren, hätten ursprünglich am 11. Januar 2021 beginnen sollen. Doch da die Vorverhandlungen im Jahr 2020 vollständig ausgesetzt worden waren und auch im Jahr 2021 weitgehend ausfielen, waren die Fälle auch nach neunjährigen Vorverhandlungen noch lange nicht reif für die Hauptverhandlung.

Exzessive Gewaltanwendung

Berichten zufolge starben 2021 mindestens 1.055 Menschen durch Schusswaffengebrauch der Polizei. Dies bedeutete einen leichten Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren. Die begrenzten öffentlich zugänglichen Daten aus den Jahren 2015 bis 2021 legten nahe, dass Schwarze Menschen unverhältnismäßig häufig Opfer tödlicher Polizeigewalt wurden. Das Vorhaben der US-Regierung, die jährliche Zahl dieser Todesfälle zu erfassen, wurde nicht umgesetzt.

Im April 2021 verabschiedete das Parlament des Bundesstaats Maryland ein Gesetz, das die Gewaltanwendung durch die Polizei beschränkte, und überstimmte damit das Veto des Gouverneurs. Damit gab es nur noch sechs Bundesstaaten, in denen es ein solches Gesetz nicht gab. Allerdings entsprach keines der bundesstaatlichen Gesetze, die die Anwendung tödlicher Gewalt durch die Polizei regelten, dem Völkerrecht und internationalen Standards.

Der *George Floyd Justice in Policing Act*, ein Gesetzentwurf, der Vorschläge enthielt, um bestimmte Aspekte der Polizeiarbeit zu reformieren, scheiterte im Senat.

Folter und andere Misshandlungen

Ein Jahrzehnt nach dem geheimen Inhaftierungs- und Verhörprogramm der CIA, das von 2001 bis 2009 autorisiert war und mit systematischen Menschenrechtsverletzungen wie Folter und anderen Misshandlungen sowie Verschwindenlassen einherging, war immer noch niemand zur Rechenschaft gezogen worden. Der Bericht des Geheimdienstausschusses des Senats über die CIA-Folter blieb auch Jahre, nachdem die begrenzten Ermittlungen zu diesen Straftaten ohne Anklageerhebung abgeschlossen worden waren, weiter unter Verschluss.

www.amnesty.de/informieren/amnesty-report/usa-2021

Amnesty Americas Juli 2021

www.amnesty-gegen-Folter.de/aktionen